



Initiative 27.JANUAR

Einblick
in unsere Arbeit

Kooperationspartner:



Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freunde und Unterstützer,

ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer diesjährigen Gedenkveranstaltung unter dem Motto „70 Jahre Israel: Aus der Asche zu neuem Leben – Das jüdische Volk erhält endlich seinen Staat.“

In der Erwartung des 70. Geburtstags des modernen Israel am 14. Mai 2018 möchten wir gemeinsam den Blick darauf wenden, dass nur wenige Jahre vor diesem Freudenmoment der Geburtsstunde des jüdischen Staates, schlimme Wehen lagen, die Gräueltaten des Holocaust. Auch wenn der Holocaust nicht die Daseinsberechtigung, rechtliche Grundlage oder die Ursache für die Entstehung des modernen Israel ist, so bleibt doch die Tatsache unbestritten, dass der Holocaust historisch in einem engen Zusammenhang mit der Staatsgründung Israels steht, wengleich die Wurzeln des vorstaatlichen Zionismus weit über den Holocaust hinaus zurückreichen.



Der vor 70 Jahren gegründete Staat Israel und das jüdische Volk sind auch heute noch nach wie vor mit großen Herausforderungen konfrontiert. Auch in unserer Zeit hält der Kampf gegen das jüdische Volk an, der Antisemitismus zeigt wieder seine hässliche Fratze, wengleich auch in neuem, antizionistischen Kostüm. In der vorliegenden Broschüre wollen wir Ihnen einen Einblick in die Aktivitäten der verschiedenen Arbeitszweige der **Initiative 27. Januar e.V.** geben, mit denen wir zum Einen die Erinnerung an die Shoah wach halten und zum Anderen die richtigen Lehren und Schlussfolgerungen daraus ziehen wollen, indem wir uns gegen Antisemitismus und für den modernen jüdischen Staat Israel einsetzen. Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen



Ihr Harald Eckert

1. Vorsitzender der Initiative 27. Januar e.V.

Kooperationspartner:



Auf den folgenden Seiten wollen wir Ihnen einen kleinen Einblick in unser Tagesgeschäft und in die verschiedenen Arbeitszweige unserer Arbeit geben. Die **Initiative 27. Januar e.V.** macht weit mehr als „nur“ Holocaust-Gedenkveranstaltungen, unter ihrem Dach haben sich dynamische Arbeitszweige entwickelt, die in der Hand von leidenschaftlichen, jungen und professionell arbeitenden Teams wachsen und gedeihen.

Hauptstadtarbeit: Zunächst möchten wir Ihnen unsere klassische NGO-Arbeit in der Bundeshauptstadt Berlin vorstellen. Zwei unserer aktuellsten **Stellungnahmen** sollen exemplarisch zeigen, wie die **Initiative 27. Januar e.V.** tagesaktuell auf politische Entwicklungen reagiert und sich darin deutlich israelolidarisch und gegen den gerade wieder stark zunehmenden Antisemitismus in unserem Land positioniert. Zum Einen finden Sie auf Seite 5 unsere Stellungnahme zur Jerusalem-Thematik, angestoßen durch die Entscheidung des US-Präsidenten Trump, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen und die US-Botschaft dorthin zu verlegen. Die antisemitischen Ausschreitungen, die daraufhin hauptsächlich von Menschen muslimischen Hintergrunds begangen wurden, waren Anlass für das zweite Statement auf S.6. „Wenn verbale Verurteilungen nicht mehr ausreichen“. Auf den Seiten 7-9 können Sie den aktuellen **Monitoring Report** lesen, in dem Josias Terschüren, Direktor für Öffentlichkeitsarbeit auf monatlicher Basis aktuelle Entwicklungen in den deutsch-israelischen Beziehungen begleitet, nachzeichnet und kommentiert. www.initiative27januar.org

Zeugen der Zeitzeugen: Das bundesweit aktive Projekt „Zeugen der Zeitzeugen“ stellt sich auf den Seiten 10-13 mit der aktuellsten Ausgabe seines Rundbriefs vor. Unter der Leitung von Marina und Daniel Müller ist in Dutzenden von Städten mittlerweile ein Netzwerk von über 50 Freiwilligen aktiv. Junge deutsche Volontäre begegnen der letzten Generation von Holocaust-Überlebenden und deren Kindern und Enkeln, treten mit ihnen in einen Dialog, um dadurch auch in der Zukunft das Gedenken an den Holocaust auf persönliche Weise lebendig zu halten. Die jungen Leute werden so zu Zeugen der Zeitzeugen, die als Multiplikatoren das Gedenken an den Holocaust und die ihnen anvertrauten Lebensgeschichten in sich tragen und weitergeben können. Die Beziehung zwischen Deutschland und Israel stärken die Zeugen der Zeitzeugen durch bilaterale Reisen. www.zeugen-der-zeitzeugen.de

Aktion Würde und Versöhnung: Matthias Böhning gibt auf den Seiten 14-17 Einblick in den sozial-karitativen Bereich der Arbeit der **Initiative 27. Januar e.V.**, die „Aktion Würde und Versöhnung“. Entstanden aus dem Anliegen, denjenigen Holocaustüberlebenden in Israel zu helfen, die noch immer unter den traumatischen Erfahrungen der Shoa leiden und im Alter oft in großer Bedürftigkeit und Armut leben, hat sich ein deutsch-israelisches Aktionsbündnis gebildet, das tatkräftig dabei mithilft, ihnen eine neue Lebensqualität zu ermöglichen.

Die drei beteiligten israelischen Organisationen **Hadassah**, **Helping Hand Coalition** und **Keren Hayesod** decken mit ihren jeweiligen Aufgabenschwerpunkten gemeinsam ein breites Spektrum von Bedürfnissen bei Holocaustüberlebenden in Israel ab. Der vierte Projektpartner, die Initiative 27. Januar, ist für die Koordination und Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland zuständig. www.aktion-wuerde-und-versoehnung.de

Wahlprüfsteine 2017 Deutschland-Israel: Last but not least geben wir die abschließende Pressemitteilung unseres Projektes „Wahlprüfsteine 2017 Deutschland-Israel“ wieder. Im Vorfeld der Bundestagswahl am 24. September 2017 fand – wie bereits 2005, 2009 und 2013 – auch in 2017 eine bundesweite Politikerbefragung zu Themen der deutsch-israelischen Beziehungen, des Antisemitismus und der Nahostpolitik statt. Projektträger der Wahlprüfsteine 2017 Deutschland – Israel ist die **Initiative 27. Januar e.V.** www.politikerbefragung.de

Zur Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch die US-Regierung

7. Dezember 2017

Die **Initiative 27. Januar e.V.** begrüßt die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten Donald J. Trump, Jerusalem als Hauptstadt des Staates Israels anzuerkennen und die US-amerikanische Botschaft dorthin zu verlegen. Harald Eckert, 1. Vorsitzender der Initiative bemerkt dazu: „Vor dem Hintergrund der Geschichte und mit Blick auf die heutige Realität ist diese Entscheidung ein Akt der Gerechtigkeit.“

Es gehört seit jeher zu dem Recht souveräner Nationen, ihre eigene Hauptstadt zu bestimmen. Der Staat Israel hat bei seiner Gründung vor beinahe 70 Jahren Jerusalem zu seiner Hauptstadt erkoren. Diese souveräne Entscheidung des jüdischen Staates anzuerkennen, war lange überfällig und sollte eigentlich international eine Selbstverständlichkeit, nicht nur für die USA, sein.

Jerusalem ist eine zutiefst jüdische Stadt, jüdisches Leben in und Rechte an Jerusalem sind älter, als das Christentum und der Islam selbst überhaupt existieren. Über Jahrtausende hinweg hielt das jüdische Volk selbst im Exil an seiner tiefen Verbindung zu Jerusalem fest – Jahr für Jahr beendete man das jüdische Pessach-Seder mit dem Ausspruch „Nächstes Jahr in Jerusalem“. Der von weiten Teilen der UN und auch von der EU betriebene und propagierte Geschichtsrevisionismus gegenüber Jerusalem, mit dem Ziel der Entjudung und gleichzeitigen Islamisierung Jerusalems, erinnert in erschreckender Weise an Mechanismen aus den dunkelsten Kapiteln deutscher Geschichte: Etwas durch und durch Jüdisches von seinem jüdischen Erbe trennen zu wollen, um eine judenreine neue Entität zu schaffen, das kann und wird nicht gelingen und ist an sich ein unmoralisches Unterfangen.

Der Ostteil der Stadt, der die wesentlichen jüdischen und christlichen Heiligtümer sowie die gesamte Altstadt beheimatet, wurde im Unabhängigkeitskrieg 1948-49 völkerrechtswidrig von Jordanien besetzt. Jüdischen und christlichen Gläubigen wurde der Zugang zu ihren heiligen Stätten verwehrt, viele Synagogen und Jeschivas zerstört oder entweiht. Seit der Wiedervereinigung Jerusalems in 1967 sorgt Israel dafür, dass Juden, Christen und Muslime ihre Religion gleichermaßen friedlich in der Stadt ausüben können. Heute ist Jerusalem das politische und religiöse Zentrum Israels: Exekutive, Legislative und Judikative haben allesamt ihren Sitz in der Stadt. Zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte war Jerusalem Hauptstadt eines anderen Staates als Israels!

Die Anerkennung dieser simplen Fakten durch den US-Kongress in 1995, den US-Senat im Juni diesen Jahres und deren Verlautbarung durch Donald Trump am vergangenen Mittwoch (6. Dezember 2017) ist eine überfällige Rückkehr zum Normalen, zur Realität. Jerusalem IST die Hauptstadt Israels, Punkt! Selbst Russland hat im April diesen Jahres diesen Umstand offiziell anerkannt, damals gab es aber anders als jetzt keinen vergleichbaren Aufruhr. Die einzige Entscheidung, die Trump getroffen hat, bestand darin, ein seit 1995 gültiges US-Gesetz endlich greifen zu lassen, das vorsieht, die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlegen.

Seine Entscheidung stellt keine Vorwegnahme des finalen Status der Stadt dar, sondern eine Anerkennung der Realität, dass Jerusalem de facto Hauptstadt Israels ist. Die Grenzen und den Status Jerusalems festzulegen, überlässt Trump ausdrücklich den Israelis und Palästinensern selbst. Diese Haltung ist völlig konform mit den relevanten internationalen Resolutionen bezüglich des Status Jerusalems: Resolution 242 und sogar mit der israelkritischen UN-Sicherheitsrat-Resolution 2334! Noch viel klarer wird das Bild, wenn man die San Remo-Resolution und das Britische Mandat Palästina des Völkerbundes in die Betrachtung miteinschließt, die laut juristischen Experten auch de jure jüdische Ansprüche an ganz Jerusalem implizieren könnten. Harald Eckert meint dazu: „Der finale Status Jerusalems muss in jeder Friedenslösung des arabisch-israelischen Konfliktes sowohl der Geschichte, als auch den gegenwärtigen Fakten Rechnung tragen.“

Die ablehnende und kritische Haltung der Bundesregierung in dieser Sache ist bedauerlich. Bereits Ende November gab Deutschland seine Stimme zu einer Anti-Israel-Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die eine ähnliche Sprache beinhaltete wie die Resolutionen der UNESCO, die jeglichen jüdischen Bezug zum Tempelberg und israelische Ansprüche an Jerusalem negieren. Die **Initiative 27. Januar e.V.** vertritt die Meinung, dass Deutschlands Platz auch in dieser Sache an der Seite Israels und der Wahrheit sein sollte. Die Bundesrepublik wäre gut beraten, sich von der israelkritischen Haltung der EU zu distanzieren und entgegen antijüdischen Narrativen mutig zum jüdischen Staat zu halten.



Zu den antisemitischen Ausschreitungen in Berlin und München

Wenn verbale Verurteilungen nicht mehr ausreichen

Der offen auf deutschen Straßen und Plätzen ausgelebte Hass gegen Israel und Juden, den wir in den vergangenen Tagen nach Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch die Vereinigten Staaten erleben mussten, ist absolut unerträglich.

Noch beschämender als der Umstand, dass ein fanatischer, wutentbrannter Mob von Arabern und (Deutsch-)Türken in Deutschland Israelflaggen und Fahnen mit Davidsternen verbrennt und „Tod den Juden“ ruft, ist die Tatsache, dass die Polizei trotz massiver Präsenz passiv daneben steht und zuschaut! Kein Eingreifen, kein gar nichts! Die Meldung der Polizei, die Veranstaltung sei „ohne größere Störungen“ abgelaufen, setzt dem Ganzen die Krone auf, wenngleich sie später korrigiert wurde.

Wie kann es sein, dass die Politik, die nun entschieden und zu Recht die volle Härte des Rechtsstaates für diese Taten fordert, keine Handhabe gegen solche Handlungen hat? Die volle Härte des Gesetzes ist ganz schön soft in Deutschland, wenn es ums Verbrennen jüdischer Symbole und um antisemitische Hatespeech geht.

Ein moralischer Ekel kommt auf wenn der von Henryk M. Broder als „Salon-Antisemit“ charakterisierte Jakob Augstein auf Twitter genüsslich darauf hinweist, dass das Verbrennen „ausländischer Fahnen“ in Deutschland nicht strafbar ist.

Wir fordern Aufrufe wie „Tod den Juden“, „Khaybar Khaybar ya yahud“ und ähnliche Hatespeech-Phrasen konsequent zu verfolgen und unter harte Strafe zu stellen. Solcherlei Verstöße sollten im Fall von Asylsuchenden und Flüchtlingen zur Aufhebung ihrer Aufenthaltserlaubnis und sofortigen Abschiebung führen! Wir schließen uns der Forderung des Zentralrates der Juden in Deutschland an, das Verbrennen des Davidsterns als jüdisches Symbol, Israelflaggen jeglicher Art, sowie anderer jüdischer Symbole in Deutschland unter Strafe zu stellen.

Im Dritten Reich konnten Hitlergetreue ungestraft ihren Judenhass auf den Straßen von Berlin und München skandieren. Politik und Polizei ließen die SA-Trupps damals ungehindert gewähren. Heute skandieren ungestraft selbsternannte Israelkritiker (oft mit Migrationshintergrund) ihren Judenhass auf den Straßen von Berlin und München.

Unsere jüdischen Mitbürger haben wieder Angst. Sie haben begründete Angst, denn sie wissen:

„Es ist geschehen und folglich kann es
wieder geschehen.“ - **Primo Levi**

Wir nehmen die Ausrufe und Drohungen der Demonstranten ernst. In den 30er Jahren hat der Mob seinen Worten Taten folgen lassen.

Dem linken und islamisch geprägten Antisemitismus und Antizionismus muss genauso entschieden entgegengetreten werden, wie demjenigen, der von rechts kommt, es darf hier keinen Unterschied in der Härte geben, im Gegenteil! Unsere politischen Vertreter dürfen es hier nicht bei Worten bewenden lassen, konkrete Handlungen und Taten gehören heute her!

Denn morgen ist es sonst zu spät!

Initiative 27. Januar e.V.

Berlin und München, Mittwoch 13. Dezember 2017

von Josias Terschüren
Dezember 2017



Josias Terschüren

Deutschland was ist nur los mit dir?

Wer wie ich im vergangenen Monat deutsche Nachrichten verfolgt hat und sich für die deutsche Staatsräson Israels Existenz und Sicherheit zu schützen, einsetzt, dem blieb angesichts der Geschehnisse nicht selten vor Entgeisterung oder blankem Entsetzen der Mund offen stehen. Was sich da innerhalb eines Monats für eine Fülle von Indifferenz, moralischer Blindheit und Entgleisungen gegenüber Juden und dem Staat Israel in unserem Land gezeigt hat, ist einfach erschreckend! Man möchte sich kneifen, um aus diesem schlechten Traum wieder aufzuwachen, doch es ist Realität. Wiederholt wurde deutlich, dass trotz immensem Engagement und Herz von Seiten einiger Landesregierungen, auf Bundesebene zu treffende Entscheidungen ausblieben, wenn sie den deutsch-israelischen Aufschwung verliehen hätten, hingegen getroffen wurden, wenn damit eine Stagnation oder Herabsetzung der Beziehungen verknüpft war.

Wenn Bundesminister die Beziehungen zu Israel beschädigen und die Israelfreundschaft der Länder bremsen

Herbert Reul, Innenminister in Nordrhein-Westfalen beispielsweise waren Ende Oktober die Hände gebunden, als er gegen das der Terrormiliz Hisbollah nahe-stehende islamische Zentrum Al Mahdi in Münster vorgehen wollte, nachdem dessen Vorsitzender Hassan Jawad proklamiert hatte: „Israel ist der Feind – wir leisten Widerstand.“ Die auf Bundesebene künstlich getroffene Unterscheidung in einen militärischen und einen politischen Arm Hisbollahs, verhindert momentan ein Verbot des Al Mahdi Zentrums, da der politische Arm nicht als Terrororganisation eingestuft wird. Nicht einmal die Hisbollah selbst trifft diese Unterscheidung zwischen den beiden Armen ihrer Organisation! ¹

Auch der Frankfurter Bürgermeister Uwe Becker und der hessische Minister für Wissenschaft und Kunst, Boris Rhein (beide CDU), bissen auf Granit, als es darum ging, die weltberühmten Bibel-Schriftrollen aus Qumran und Masada in 2019 für eine Ausstellung im Frankfurter Bibelmuseum in die Mainmetropole zu holen. ² Der Deal war eingefädelt und in trockenen Tüchern, alles was noch zum Glück und zum historischen Ereignis fehlte – reiner Papierkram so dachte man – war die rechtsverbindliche Rückgabegarantie durch die Bundesregierung, doch die wurde nicht erteilt! Eine Schriftrolle aus Masada (Kernland Israel) erhielt die Zusage, drei Qumran-Schriftrollen, hingegen nicht. Qumran liegt nach Meinung des Auswärtigen Amtes und der Bundesregierung in „von Israel besetztem Gebiet“ – aus Angst vor eventuellen palästinensischen oder jordanischen Forderungen bezüglich der Fragmente erteilten die obersten Bundesbehörden in Berlin die Zusagen deshalb nicht, man gab präventiv auf. Die israelische Antikenverwaltung ließ den Deal daraufhin platzen: Einer „Ausleihe nach dem geografischen Fundort“ würde man nicht zustimmen. Bürgermeister Uwe Becker erklärte dazu: „Es kann und darf nicht sein, dass das verschobene Koordinatensystem einzelner Bundesminister bezie-

„Was sich da innerhalb eines Monats für eine Fülle von Indifferenz, moralischer Blindheit und Entgleisungen gegenüber Juden und dem Staat Israel in unserem Land gezeigt hat, ist einfach erschreckend!“

¹ <http://www.defenddemocracy.org/media-hit/benjamin-weinthal-hezbollah-aligned-german-center-declares-resistance-against-israel/>
² <http://www.ekhn.de/aktuell/detailmagazin/news/qumran-ausstellung-geplatzt.html>



„Es kann und darf nicht sein, dass das verschobene Koordinatensystem einzelner Bundesminister beziehungsweise von Bundesministerien unser grundsätzliches Verhältnis zu Israel derart beschädigt.“

hungsweise von Bundesministerien unser grundsätzliches Verhältnis zu Israel derart beschädigt, dass nun offensichtlich nicht einmal mehr Ausstellungen mit Fragmenten von kulturhistorisch bedeutsamen Bibel-Handschriften aus Israel gezeigt werden können. Wenn sich Deutschland weigert, Israel eine rechtsverbindliche Rückgabebesetzung für die Leihgaben aus Qumran zu geben (Immunitätszusage), dann baut die Bundesregierung eine Mauer zu den Ursprungsorten des Christentums auf. Denn was für Qumran gilt, gilt dann auch für Bethlehem, Jericho, Ostjerusalem und weitere Stätten des Wirkens Jesu Christi. Entweder hat hier jemand die Dimension dieser Fehlentscheidung nicht überblickt, oder man betreibt eine Politik, die aus meiner Sicht unvereinbar ist mit den grundsätzlichen Beziehungen zu Israel.“

Der moralische blinde Fleck

Ähnlich blind für die Dimension seiner Entscheidung zeigte sich auch Richter Wolfram Sauer vom Frankfurter Landesgericht, der sich Mitte November mit einer ganz anderen Causa zu beschäftigen hatte.³ Kuwait Airlines, die staatliche Fluggesellschaft des Emirats Kuwait, hatte sich geweigert Adar M., einen in Deutschland lebenden Israeli, von Frankfurt über Kuwait nach Bangkok zu befördern, weil er Israeli ist. Die Fluggesellschaft berief sich darin auf ein 1964 in Kuwait verabschiedetes, antisemitisches Boykott-Gesetz. Richter Sauer folgte in seinem Urteil⁴ der Argumentation von Kuwait Airlines „Dass dieses Boykottgesetz den Kläger als israelischen Staatsangehörigen trifft, belastet ihn nicht in einer Weise, dass es für ihn unerträglich wäre.“ Deshalb sei es der Airline „auch im Rahmen der Geltung deutscher Gesetze nicht zumutbar“, den Kläger zu befördern, weil das in Kuwait unter Strafe steht. Mit anderen Worten: Kuwait Airlines darf sich wegen der antisemitischen Gesetze seines Landes weigern israelische Staatsbürger zu befördern. Wenn Juden also wegen ihres Jüdisch-Seins in Deutschland diskriminiert werden, ist das so lange in Ordnung, wie man sich dabei auf im Ausland geltende antisemitische Gesetze beruft. Wir in Deutschland erwarten nicht etwa eine Anpassung ausländischer Unternehmen an die deutsche Gesetzeslage, wenn sie in Deutschland tätig sein oder werden wollen. Andere Länder mit mehr Rückgrat, wie die USA oder die Schweiz hatten Kuwait Airlines wegen ähnlicher Vorfälle bereits Landrechte entzogen. Die Bundesregierung hat sich nun der Sache angenommen, der Anwalt von Adar M. hat Berufung gegen das Urteil eingelegt, das Frankfurter Oberlandesgericht hat jetzt die Möglichkeit dieses Urteil zu revidieren. Hoffentlich arbeiten die dortigen Richter und Staatsanwälte mit mehr Fingerspitzengefühl, als ihre Kollegen in Wuppertal, die es in 2016 in einer ähnlich prekären Situation in letzter Instanz verpassten, einen Brandanschlag auf eine Synagoge als antisemitischen Akt einzustufen.

„Wenn Juden also wegen ihres Jüdisch-Seins in Deutschland diskriminiert werden, ist das so lange in Ordnung, wie man sich dabei auf im Ausland geltende antisemitische Gesetze beruft.“

Deutschland wirkt daran mit Jerusalem zu islamisieren

Leider gibt es nicht nur reaktive Eklats, sondern auch aktive zu vermelden: Bereits Ende November gab Deutschland seine Stimme zu einer Anti-Israel Resolution der

„Die Geschehnisse im vergangenen Monat zeigen einmal mehr auf, wie wichtig es ist, in der Ausbildung der Staatsdiener einen größeren Nachdruck auf geschichtliche Bildung und Antisemitismus-Erkennung und -bekämpfung zu legen.“

Vollversammlung der Vereinten Nationen, die eine ähnliche Sprache beinhaltete, wie die jüngsten Resolutionen der UNESCO, die jeglichen jüdischen Bezug zum Tempelberg und israelische Ansprüche an Jerusalem negieren und die Stadt islamisieren. Die Bundesrepublik machte sich so gemeinsam mit der EU zum Handlanger der islamischen Nationen, die kurz vor dem sich abzeichnenden Schritt der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch die USA, auf internationaler Ebene intervenieren wollten, das ist schmachlich!⁵ Die Geschehnisse im vergangenen Monat zeigen einmal mehr auf, wie wichtig es ist, in der Ausbildung der Staatsdiener einen größeren Nachdruck auf geschichtliche Bildung und Antisemitismus-Erkennung und -bekämpfung zu legen. Das gilt sowohl für Richter und Staatsanwälte, als auch für die Polizei, wie die Passivität der Berliner Polizei angesichts des Verbrennens jüdischer und israelischer Fahnen gezeigt hat.

Die Aktivität, Hingabe und Freundschaft vieler Politiker auf Städte- und Landesebene gibt Grund zur Hoffnung, dass die deutsch-israelische Freundschaft sich auch forthin gedeihlich entwickeln kann und wird. Angesichts der jüngsten Entscheidungen der politischen Führungsriege unseres Landes in solchen Fragen, die Israel und das Judentum betreffen, scheint ein solcher Gegenpol auch dringend geboten. Bemerkenswert ist, dass die entsprechenden oben zitierten Entscheidungen auf Bundesebene von CDU-geführten Ministerien getroffen worden sind!

Zu der offenen deutschen Kritik und Ablehnung⁶ der Entscheidung des US-Präsidenten Donald J. Trump vom 6. Dezember 2017, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, hat die Initiative 27. Januar ein gesondertes Statement veröffentlicht.⁷ Ebenso zu den darauffolgenden, antisemitischen Ausschreitungen mit Flaggenverbrennungen in Berlin und München⁸ am 8. Dezember 2017.⁹

Initiative 27. Januar e.V.
Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40 / 1203
10117 Berlin
Telefon 030 / 12 07 42 28
E-Mail berlin@initiative27januar.org

www.initiative27januar.org
www.facebook.com/initiative27januar
www.youtube.com/initiative27januar

Spendenkonto
Initiative 27. Januar:
Empfänger: Initiative 27. Januar e.V.
Evangelische Bank
Kontonummer: 5 344 166
Bankleitzahl: 520 604 10
IBAN: DE03 5206 0410 0005 3441 66
BIC: GENODEF1EK1

Die Initiative 27. Januar e.V. ist beim Amtsgericht München im Vereinsregister (VR 20 25 70) eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zuwendungen an den Verein sind steuerabzugsfähig. Wenn Sie im Verwendungszweck Ihrer Spendenüberweisung Ihre Adresse angeben, bekommen Sie Anfang des nächsten Jahres für Ihre Spenden des vergangenen Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung per Post zugesandt, die zur Vorlage beim Finanzamt dient.



3 <http://www.mena-watch.com/mena-analysen-beitraege/israel-boykott-verliert-kuwait-airways-landrechte-in-deutschland/>
4 <http://www.bild.de/politik/inland/urteil/urteilsbegruendung-kuwait-airways-53960486.bild.html>



5 <http://jpost.com/Israel-News/UN-disavows-Israeli-ties-to-Jerusalem-515730>
6 <https://twitter.com/RegSprecher/status/938502462759227393>
7 <https://www.facebook.com/initiative27januar/posts/1504545336281076>
8 https://twitter.com/JFDA_eV/status/939227775726227456
9 <https://www.facebook.com/notes/initiative-27-januar/statement-der-initiative-27-januar-zu-den-antisemitischen-ausschreitungen-in-ber/1509343282467948/>

Liebe Freunde, liebe Unterstützer, liebe Interessierte,

dankbar blicken wir auf das Jahr 2017 zurück – und freuen uns gleichzeitig auf 2018. Denn nächstes Jahr feiert Israel seinen 70. Geburtstag. Im Januar werden wir in Polen sein, der Einladung israelischer und polnischer Freunde folgend, um 70 Jahre Israel & 100 Jahre modernes Polen zu feiern. Für uns ist das eine große Ehre und ein Geschenk, da es ein starkes Zeugnis von echter Versöhnung ist. Wir bedanken uns für alle Anfragen und für die Unterstützung unserer Spender, ohne die unsere Arbeit nicht möglich wäre. Ein besonderes Dankeschön gilt unseren Kooperationspartnern und Freunden, insbesondere den Überlebenden der Shoah und deren Familien. Es fasziniert uns immer wieder zu erleben was durch Austausch und Begegnung entsteht.

In diesem Sinne, eine besinnliche Advents- und Chanukka-Zeit,

Ihre Marina und Daniel Müller

Grüße von unserem Kooperationspartner aus Israel 25 Jahre „Association of concentration camps and ghetto survivors in Israel“

von Gita Koifman und Natalja Part

Im Oktober fand eine Jubiläumskonferenz statt, zu der 600 Gäste angereist sind. Neben den Politikern waren Leiter von christlichen Organisationen anwesend, die gemeinsam in den letzten Jahren den Überlebenden bei der Verbesserung ihrer Lebenssituation geholfen und ihnen dadurch einen würdevollen Lebensabend ermöglicht haben.



Gita Koifman spricht zu den Teilnehmern der Jubiläumskonferenz

Gita Koifman, Leiterin der Assoziation sagte: „Wir alle sind Menschen, die nur durch ein Wunder überlebten. In diesen 25 Jahren haben wir viel erreichen können: zahlreiche Konferenzen und Seminare wurden durchgeführt, 33 Filialen in Israel sind entstanden, eine Baumallee zum Gedenken an die ermordeten jüdischen Kinder wurde angepflanzt... Voller Dank schaue ich zurück!“

Buchvorstellung: Meine Nachmittage mit Eva

von Alexandra Behns, Stadtkoordinatorin Frankfurt

Rappellvoll ist der Frankfurter Hugendubel am 25.10.2017, als die Fernsehmoderatorin Bärbel Schäfer ihr Buch „Meine Nachmittage mit Eva. Über Leben nach Auschwitz“ vorstellt und dazu



Die Buchvorstellung im Frankfurter Hugendubel war sehr gut besucht



Bärbel Schäfer und Eva Szepesi signieren Bücher nach der Lesung

Koordinationsbüro:
Initiative 27. Januar e.V.
Bereich Zeugen der Zeitzeugen
Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40 / 4302
10117 Berlin

Telefon 01 76 / 51 68 06 30
E-Mail marina.mueller@
zeugen-der-zeitzeugen.de
www.zeugen-der-zeitzeugen.de



Begegnen

Gedenken

Weitergeben

Zukunft gestalten

Spendenkonto
Zeugen der Zeitzeugen:
Empfänger: Initiative 27. Januar e.V.
Stichwort: Zeugen der Zeitzeugen
Evangelische Bank
Kontonummer: 10 5344 166
Bankleitzahl: 520 604 10
IBAN: DE47 5206 0410 0105 3441 66
BIC: GENODEF1EK1

Die Initiative 27. Januar e.V. ist beim Amtsgericht München im Vereinsregister (VR 20 25 70) eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zuwendungen an den Verein sind steuerabzugsfähig. Wenn Sie im Verwendungszweck Ihrer Spendenüberweisung Ihre Adresse angeben, bekommen Sie Anfang des nächsten Jahres für Ihre Spenden des vergangenen Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung per Post zugesandt, die zur Vorlage beim Finanzamt dient.

die Holocaustüberlebende Eva Szepesi auf die Bühne holt. In dem Buch reflektiert Bärbel Schäfer ihre eigene Geschichte und den Umgang ihrer Familie mit der Vergangenheit, vor dem Hintergrund von Evas Erinnerungen, zu denen sich die beiden Frauen immer mittwochs ausgetauscht haben. Ein Buch, das zum Nachdenken anregt.

Wir freuen uns mit Eva, dass nach ihrem eigenen Buch „Ein Mädchen allein auf der Flucht“ nun das zweite Buch über Ihre Geschichte erschienen ist. Das ZdZ Team in Frankfurt kann auch das neue Werk sehr empfehlen.



Das ZdZ-Team in Frankfurt war bei der Lesung dabei

Zwölf Holocaustüberlebende aus Israel erzählen ihre Geschichten

von Natalja Part, Bereichsleitung Schulprojekte

Auch dieses Jahr besuchte eine Gruppe von Holocaustüberlebenden aus Israel unter der Leitung von Erika Teller Deutschland. Die meisten dieser Zeitzeugen, die heute zwischen 79 und 89 sind, haben in ihren jungen Jahren die Ghettos und KZs in den GUS-Staaten überlebt. Viele der Gruppenteilnehmer waren zum ersten Mal in Deutschland. Nachdem sie in Berlin den Bundestag besucht und sich die Hauptstadt angeschaut haben, waren sie einige Tage in NRW unterwegs, wo ich mit dabei sein durfte. Bei all den Begegnungen, wo sie mit Politikern, Schülern und in verschiedenen Gemeinden im Austausch waren, sagten sie, dass sie durch die Nazis ihrer Kindheit beraubt wurden, aber auch, dass sie auf ein „neues Deutschland“ trafen, was ihnen Hoffnung gab.

Am 09. November 2017 versammelten sich 250 Schüler aus drei Schulen in der Aula des Geschwister-Scholl-Gymnasiums in Lüdenscheid um den Berichten der Zeitzeugen zu hören. Einen bewegenden Einstieg bot ein Lied auf Jiddisch „Es brennt“, das von einem Theresienstadt-Überlebenden gesungen wurde. Am Nachmittag fand der Empfang beim Bürgermeister statt. Zum Schluss wurde an all die Zerstörung des jüdischen Lebens in Deutschland gedacht, indem jeder Deutsche sich ein gelbes Herz ansteckte. Dies drückte Respekt und Wertschätzung unseren jüdischen Gästen gegenüber aus. Bei ihrer Abreise sagten sie alle, dass sie in Deutschland neue Familien gefunden haben.



Schüler und Lehrer lauschten aufmerksam unseren israelischen Gästen



Unsere Gäste aus Israel mit den Gastgebern und Begleitern beim Empfang des Bürgermeisters in Lüdenscheid

Koordinationsbüro:
Initiative 27. Januar e.V.
Bereich Zeugen der Zeitzeugen
Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40 / 4302
10117 Berlin

Telefon 01 76 / 51 68 06 30
E-Mail marina.mueller@
zeugen-der-zeitzeugen.de
www.zeugen-der-zeitzeugen.de



Begegnen

Gedenken

Weitergeben

Zukunft gestalten

Spendenkonto
Zeugen der Zeitzeugen:
Empfänger: Initiative 27. Januar e.V.
Stichwort: Zeugen der Zeitzeugen
Evangelische Bank
Kontonummer: 10 5344 166
Bankleitzahl: 520 604 10
IBAN: DE47 5206 0410 0105 3441 66
BIC: GENODEF1EK1

Die Initiative 27. Januar e.V. ist beim Amtsgericht München im Vereinsregister (VR 20 25 70) eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zuwendungen an den Verein sind steuerabzugsfähig. Wenn Sie im Verwendungszweck Ihrer Spendenüberweisung Ihre Adresse angeben, bekommen Sie Anfang des nächsten Jahres für Ihre Spenden des vergangenen Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung per Post zugesandt, die zur Vorlage beim Finanzamt dient.

DE-IL Austausch: Rückblick auf die Freundschaft

von Daniel Müller

Im letzten Newsletter haben wir von der Vision zur Wirklichkeit berichtet. Als Rückblick auf das Jahr, möchte ich hier noch einmal das Highlight, die Unterzeichnung der Freundschaftserklärung der Stadt Hof mit Kiryat Motzkin herausgreifen. Die Presse berichtete Ende Juli von einer „Blitzhochzeit“ (siehe QR Code).



Die Stadt Hof hatte eine kommunale Delegation aus Kiryat Motzkin für einen Gegenbesuch eingeladen. Wir hatten das Vergnügen beim Mittagessen in der Israelitischen Kultusgemeinde und bei der Unterzeichnung der Freundschaftserklärung dabei zu sein. Es handelt sich um den ersten offiziellen Schritt in Richtung Partnerschaft. Der nächste Schritt kommt 2018 vom Schiller-Gymnasium, das mit 10-15 Schülern einen Schüleraustausch im Frühjahr starten wird (siehe Bild).



Unterzeichnung der Freundschaftserklärung im Hofer Rathaus



Chaim Zuri, Bürgermeister aus Kiryat Motzkin überreicht Rainer Schmidt, Rektor des Schiller-Gymnasiums Hof, ein Gastgeschenk



(vorne, von links) Dr. Lea Ganor, Leiterin des Bildungszentrums Mashmaut, Daniel, Amos und Marina Müller zu Tisch bei der Israelitischen Kultusgemeinde Hof

Der Abschluss eines umfangreichen Programms war die Teilnahme am Hofer Volksfest, einschließlich des traditionellen Umzugs der Vereine. Bei dieser Gelegenheit konnte die israelische Delegation auch Bekanntschaft mit Innenminister a.D. Dr. Friedrich machen. Wir freuen uns auf weitere gute Impulse aus Hof und aus weiteren Städten.



Lokal trifft auf Bundespolitik: Minister a.D. Dr. Friedrich mit der israelischen Delegation am Rande des Umzugs



Traditionell Feiern gehört in Franken dazu, da ist der Abend auf dem Volksfest Pflicht für die Gäste

Koordinationsbüro:
Initiative 27. Januar e.V.
Bereich Zeugen der Zeitzeugen
Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40 / 4302
10117 Berlin

Telefon 01 76 / 51 68 06 30
E-Mail marina.mueller@zeugen-der-zeitzeugen.de
www.zeugen-der-zeitzeugen.de



Begegnen

Gedenken

Weitergeben

Zukunft gestalten

Spendenkonto
Zeugen der Zeitzeugen:
Empfänger: Initiative 27. Januar e.V.
Stichwort: Zeugen der Zeitzeugen
Evangelische Bank
Kontonummer: 10 5344 166
Bankleitzahl: 520 604 10
IBAN: DE47 5206 0410 0105 3441 66
BIC: GENODEF1EK1

Die Initiative 27. Januar e.V. ist beim Amtsgericht München im Vereinsregister (VR 20 25 70) eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zuwendungen an den Verein sind steuerabzugsfähig. Wenn Sie im Verwendungszweck Ihrer Spendenüberweisung Ihre Adresse angeben, bekommen Sie Anfang des nächsten Jahres für Ihre Spenden des vergangenen Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung per Post zugesandt, die zur Vorlage beim Finanzamt dient.

Kurzvorstellung & Motivation einer Ehrenamtlichen

von Hannah Schmidt aus Dortmund

Die Zeit des NS-Regimes in Deutschland, die organisierte Unterdrückung, Verfolgung und Ermordung von Millionen von Menschen, die in ihrer Grausamkeit Alleinstellungswert hat, hat uns gezeigt, wozu wir Menschen einzeln und innerhalb eines Systems fähig sind. Die Zeugen dieser Zeit, die Menschen, die all das als Täter, Beobachter und vor allem als Opfer miterlebt haben, sind unser letzter direkter Kontakt zu diesem erschütternden Abschnitt der Menschheits- und Zivilisationsgeschichte. Wir dürfen die Erinnerung daran nicht verlieren, wenn wir in Frieden, Würde und Respekt miteinander leben und auch nachfolgenden Generationen eine friedliche und freie Welt hinterlassen wollen. Deswegen engagiere ich mich für **Zeugen der Zeitzeugen**, indem ich das PR-Team leite und mich in Dortmund als Stadtkoordinatorin einbringe.



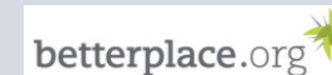
Highlight zum Jahresende:

Ausschnitte aus unserem Interview mit Mirna Funk über ihr Buch, Antisemitismus, Leben in Israel und die Bedeutung der eigenen Biographie auf YouTube unter „Highlights Interview Mirna Funk“ oder direkt per QR.



Info:

Ab sofort können Sie uns auch über Betterplace Spenden zukommen lassen.
www.betterplace.org/p58560



Spendenaufruf:

Im November 2018 wird **Zeugen der Zeitzeugen** eine Konferenz unter dem Motto „3 Generationen – 1 Ziel“ veranstalten. Wir werden Freundschaften vertiefen, gemeinsam in die Zukunft blicken und bildungs-politische Akzente setzen. In diesem Zusammenhang möchten wir einigen Freunden unter den Überlebenden aus Israel die Reise nach Deutschland ermöglichen. Dafür benötigen wir einschließlich Unterkunft rund 3.000 EUR. Bitte unterstützen Sie uns dabei mit Ihrer Spende unter dem Stichwort: **3 Generationen – 1 Ziel**. Herzlichen Dank!

Wir möchten gerade zum 70. Jahrestag der Gründung des Staates Israel ein wichtiges Signal der Gastfreundschaft aussenden.

Zeugen der Zeitzeugen

ist ein Arbeitsbereich der Initiative 27. Januar e.V.
Die Arbeit finanziert sich zu mehr als 95 % über Spenden.



Redaktionsteam: Gita Koifman, Natalja Part, Alexandra Behns, Hannah Schmidt, Marina & Daniel Müller.
Alle Fotos: © Zdz

Koordinationsbüro:
Initiative 27. Januar e.V.
Bereich Zeugen der Zeitzeugen
Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40 / 4302
10117 Berlin

Telefon 01 76 / 51 68 06 30
E-Mail marina.mueller@zeugen-der-zeitzeugen.de
www.zeugen-der-zeitzeugen.de



Begegnen

Gedenken

Weitergeben

Zukunft gestalten

Spendenkonto
Zeugen der Zeitzeugen:
Empfänger: Initiative 27. Januar e.V.
Stichwort: Zeugen der Zeitzeugen
Evangelische Bank
Kontonummer: 10 5344 166
Bankleitzahl: 520 604 10
IBAN: DE47 5206 0410 0105 3441 66
BIC: GENODEF1EK1

Die Initiative 27. Januar e.V. ist beim Amtsgericht München im Vereinsregister (VR 20 25 70) eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zuwendungen an den Verein sind steuerabzugsfähig. Wenn Sie im Verwendungszweck Ihrer Spendenüberweisung Ihre Adresse angeben, bekommen Sie Anfang des nächsten Jahres für Ihre Spenden des vergangenen Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung per Post zugesandt, die zur Vorlage beim Finanzamt dient.

Die Oppenheimers – eine Familie aus Lebach/Saarland

Die persönliche Geschichte eines AWW-Projektpartners



Matthias Boehning mit Joram Oppenheimer

Keren Hayesod, eine der israelischen Partnerorganisationen des deutsch-israelischen Aktionsbündnisses *Aktion Würde und Versöhnung*, unterhält mit dem Arbeitszweig *Amigour* in Israel landesweit über 50 Altersheime. Diese bieten günstigen Wohnraum für Ältere – darunter Tausende von Holocaustüberlebenden – sowie nachhaltige sozial-kulturelle Begleitung für diese immer älter werdende Gruppe.

Joram Oppenheimer ist der Berliner Delegierte von *Keren Hayesod* und inzwischen ein langjähriger treuer Begleiter der Aktivitäten der *Aktion Würde und Versöhnung*. Für ihn ist die Arbeit der *AWV* in doppelter Hinsicht von großer Bedeutung. Zum einen ist die Hilfe für Holocaustüberlebende einer der bedeutendsten Bereiche, in denen sich *Keren Hayesod* in Israel engagiert, was die *AWV* zu einem wichtigen deutschen Unterstützungspartner macht. Joram Oppenheimer sagte hierzu vor Kurzem: „Es ist unser Wille und auch unsere Pflicht diesen Leuten, die wirklich das Schwerste überlebt haben, auch in ihrem Lebensabend die Unterstützung zukommen lassen, die sie brauchen. In der *AWV* finden wir Partner, die die gleiche Idee verfolgen und auch die Mittel für Projekte aufbringen. Gemeinsam können wir Einiges bewirken!“ Die Zusammenarbeit mit deutschen Kollegen, Freunden und Unterstützern freut ihn zum anderen auch auf persönlicher Ebene sehr, denn er gehört selbst zur zweiten Generation der Holocaustüberlebenden: Seine Eltern kamen beide aus Deutschland und konnten kurz vor dem Krieg gerade noch fliehen. Jedoch ist die gesamte Familie von beiden hier umgekommen. So merkt Joram an: „Natürlich habe ich da einen persönlichen Bezug zum Anliegen der *AWV*.“

Koordinationsbüro:

Initiative 27. Januar e.V.
Aktion Würde und Versöhnung
Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40 / 4302
10117 Berlin
Telefon 030 / 12 07 42 28
E-Mail berlin@initiative27januar.org
www.aktion-wuerde-und-versoehnung.de
www.facebook.com/AktionWuerdeUndVersoehnung
www.youtube.com/initiative27januar



Spendenkonto

Aktion Würde und Versöhnung:
Empfänger: Initiative 27. Januar e.V.
Stichwort: Aktion Würde und Versöhnung
Evangelische Bank
Kontonummer: 20 5344 166
Bankleitzahl: 520 604 10
IBAN: DE91 5206 0410 0205 3441 66
BIC: GENODEF1EK1

Die Initiative 27. Januar e.V. ist beim Amtsgericht München im Vereinsregister (VR 20 25 70) eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zuwendungen an den Verein sind steuerabzugsfähig. Wenn Sie im Verwendungszweck Ihrer Spendenüberweisung Ihre Adresse angeben, bekommen Sie Anfang des nächsten Jahres für Ihre Spenden des vergangenen Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung per Post zugesandt, die zur Vorlage beim Finanzamt dient.

Das Schicksal der Familie Oppenheimer

Joram Oppenheimers Großeltern hießen Alfred und Amelie Oppenheimer. Alfred Oppenheimer war Geschäftsführer des Kaufhauses Neumark in der deutschen Stadt Lebach (Saarland), das am 10.10.1912 in der Marktstraße eröffnet wurde. Mit seiner Frau Amalie wurde er damals in Lebach sesshaft. Als deutscher Offizier verlor er im Ersten Weltkrieg einen Unterschenkel. Am 1.7.1927 übernahm Alfred Oppenheimer das Kaufhaus als Inhaber. Die Kinder Heinz (*17.11.1913) und Margot (*22.7.1920) besuchten das Gymnasium in Völklingen. Zu Beginn der dreißiger Jahre musste die Familie das nun stark verkleinerte Geschäft an den Bahnhof verlegen und ihr Wohnhaus verkaufen. Sie lebte danach verarmt. Die nationalsozialistischen Machthaber drangsalierten die Familie zunehmend, so durch das Fotografieren von Kunden, um diese von Einkäufen abzuhalten. 1937 musste die Familie das Geschäft aufgeben und Lebach verlassen. Heinz Oppenheimer war bereits geflüchtet und fand in Haifa eine neue Heimat. Seine Angehörigen wurden 1942 von Düren aus Richtung Osten deportiert und ermordet. Margot Oppenheimer wurde zuletzt im Ghetto Lemberg gesehen.

(Quelle: Broschüre „Stolpersteine für Lebach“, <http://www.alemannia-judaica.de/images/Images%20354/Stolpersteine-in-Lebach.pdf>)

Joram Oppenheimer zum Umgang mit seiner Familiengeschichte

Mein Vater kam aus Lebach, einem kleinen Vorort von Saarbrücken. Vor ungefähr einem halben Jahr hat meine Frau im Internet gesehen, dass dort in diesem Ort im Namen meiner Familie Stolpersteine verlegt worden sind. Wir wussten es nicht, dass diese schon 2013 verlegt worden waren. Es hat dann bei mir ein paar Monate gedauert, bis ich meinen ersten Impuls in die Tat umsetzen konnte. Aber im Frühjahr diesen Jahres 2017 habe ich ein paar Zeilen per E-Mail an die Verantwortlichen vor Ort in Lebach geschrieben: 'Liebe Freunde aus Lebach, ich bin Joram Oppenheimer, der Enkelsohn dieser Familie und ich bin sehr für diese Stolperstein-Aktion und würde mich freuen, mit Ihnen in Verbindung zu kommen.' Natürlich kam darauf in kürzester Zeit eine Rückmeldung und ich wurde eingeladen. Im Juni 2017 war ich dort und es sind schöne Fotos dieses Besuches entstanden. Der Bürgermeister und alles, was Rang und Namen hat, aus diesem Ort waren da. Es sind wirklich wunderbare Beziehungen zu diesem Ort entstanden.



Koordinationsbüro:

Initiative 27. Januar e.V.
Aktion Würde und Versöhnung
Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40 / 4302
10117 Berlin
Telefon 030 / 12 07 42 28
E-Mail berlin@initiative27januar.org
www.aktion-wuerde-und-versoehnung.de
www.facebook.com/AktionWuerdeUndVersoehnung
www.youtube.com/initiative27januar



Spendenkonto

Aktion Würde und Versöhnung:
Empfänger: Initiative 27. Januar e.V.
Stichwort: Aktion Würde und Versöhnung
Evangelische Bank
Kontonummer: 20 5344 166
Bankleitzahl: 520 604 10
IBAN: DE91 5206 0410 0205 3441 66
BIC: GENODEF1EK1

Die Initiative 27. Januar e.V. ist beim Amtsgericht München im Vereinsregister (VR 20 25 70) eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zuwendungen an den Verein sind steuerabzugsfähig. Wenn Sie im Verwendungszweck Ihrer Spendenüberweisung Ihre Adresse angeben, bekommen Sie Anfang des nächsten Jahres für Ihre Spenden des vergangenen Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung per Post zugesandt, die zur Vorlage beim Finanzamt dient.



Sie gaben mir eine ganze Akte voller Informationen über meine Familie, die ich nun zuhause bei mir habe. Das ist ganz wertvoll für mich, da ich bislang so wenig über meine Familie wusste. Mein Vater wollte nichts erzählen. Die lieben Menschen aus Lebach haben jedoch in den letzten 15 Jahren Vieles gesammelt und ich bekam von ihnen sehr viel Material. Auf meinen eigenen Wunsch hin ging ich dort in Lebach in zwei Schulen und habe mit 15-16 jährigen Schülern gesprochen. Ich saß dort mit ihnen über anderthalb Stunden und habe ein wenig über das Judentum und über mich selbst erzählt. Sie fanden das sehr aufregend, sehr interessant. Ich hatte gar nicht unbedingt über die deutsch-israelischen Beziehungen gesprochen, sondern über ganz normale Sachen: 'Wie funktioniert die High-Tech Branche in Israel' – solche Dinge. Also ganz bewusst nicht nur die politischen und bekannten Geschichten. Ich habe beiden Schulen versprochen, dass ich jedes Jahr – solange ich in Deutschland lebe – freiwillig und auf meine Kosten einmal pro Jahr für zwei Tage dort hin komme und die Schulen besuche. Das hat sie natürlich sehr gefreut.

Das Bedeutendste für mich in diesem Zusammenhang ist, mit den Leuten zusammenzukommen. Die allermeisten Deutschen wissen nicht, wie ein Jude aussieht. Und ich spreche jetzt von den Durchschnittsdeutschen, die irgendwo in einem Vorort von Saarbrücken oder anderswo wohnen. Solche Menschen haben noch nie in ihrem Leben einen Israeli oder einen Juden gesehen. So bildet man sich seine Meinung, die auf irgendwelche Vorurteile aufbaut, die man im Fernsehen gesehen hat – positiv oder negativ. Die Möglichkeit, mit Leuten zusammenzukommen, ist das Allerbeste, was man tun kann! Einmal habe ich es schon geschafft. Jetzt muss ich beweisen, dass ich Wort halte! Ich werde also auch im Jahr 2018 nach Lebach fahren.

Koordinationsbüro:
Initiative 27. Januar e.V.
Aktion Würde und Versöhnung
Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40 / 4302
10117 Berlin
Telefon 030 / 12 07 42 28
E-Mail berlin@initiative27januar.org
www.aktion-wuerde-und-versoehnung.de
www.facebook.com/AktionWuerdeUndVersoehnung
www.youtube.com/initiative27januar



Spendenkonto
Aktion Würde und Versöhnung:
Empfänger: Initiative 27. Januar e.V.
Stichwort: Aktion Würde und Versöhnung
Evangelische Bank
Kontonummer: 20 5344 166
Bankleitzahl: 520 604 10
IBAN: DE91 5206 0410 0205 3441 66
BIC: GENODEF1EK1

Die Initiative 27. Januar e.V. ist beim Amtsgericht München im Vereinsregister (VR 20 25 70) eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zuwendungen an den Verein sind steuerabzugsfähig. Wenn Sie im Verwendungszweck Ihrer Spendenüberweisung Ihre Adresse angeben, bekommen Sie Anfang des nächsten Jahres für Ihre Spenden des vergangenen Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung per Post zugesandt, die zur Vorlage beim Finanzamt dient.

Ein Wort in eigener Sache zum Schluss

Unser herzlicher Dank geht an Joram Oppenheimer, der für diesen AWW-Newsletter nicht nur seine persönliche Familiengeschichte mit uns geteilt hat, sondern auch seit Jahren ein äußerst angenehmer und tatkräftiger Unterstützer des deutsch-israelischen Aktionsbündnisses *Aktion Würde und Versöhnung* ist. Doch nicht nur das: Im Zuge der engen Kooperation ist er inzwischen auch zu einem wirklichen Freund geworden.

Wie immer freuen wir uns auch bei dieser Ausgabe des AWW-Newsletters über Ihr Feedback und Ihre Verbesserungsvorschläge! Lassen Sie uns gerne wissen, wie wir Sie als Unterstützer unserer Arbeit noch besser, umfangreicher und zeitnaher mit allen erforderlichen Informationen, Zahlen, Daten und Fakten zu unserer Arbeit versorgen können. Unser Ziel ist es, Sie mehr und mehr in die Lage zu versetzen, eigenständige Botschafter für das Anliegen der *Aktion Würde und Versöhnung* zu werden.

Vielen Dank und herzliche Grüße

Matthias Böhning
Kordinator *Aktion Würde und Versöhnung*

Koordinationsbüro:
Initiative 27. Januar e.V.
Aktion Würde und Versöhnung
Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40 / 4302
10117 Berlin
Telefon 030 / 12 07 42 28
E-Mail berlin@initiative27januar.org
www.aktion-wuerde-und-versoehnung.de
www.facebook.com/AktionWuerdeUndVersoehnung
www.youtube.com/initiative27januar



Spendenkonto
Aktion Würde und Versöhnung:
Empfänger: Initiative 27. Januar e.V.
Stichwort: Aktion Würde und Versöhnung
Evangelische Bank
Kontonummer: 20 5344 166
Bankleitzahl: 520 604 10
IBAN: DE91 5206 0410 0205 3441 66
BIC: GENODEF1EK1

Die Initiative 27. Januar e.V. ist beim Amtsgericht München im Vereinsregister (VR 20 25 70) eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zuwendungen an den Verein sind steuerabzugsfähig. Wenn Sie im Verwendungszweck Ihrer Spendenüberweisung Ihre Adresse angeben, bekommen Sie Anfang des nächsten Jahres für Ihre Spenden des vergangenen Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung per Post zugesandt, die zur Vorlage beim Finanzamt dient.



WAHL PRÜFSTEINE 2017 DEUTSCHLAND-ISRAEL

WWW.POLITIKERBEFRAGUNG.DE

PRESSEMITTEILUNG

Ergebnisse der „Wahlprüfsteine 2017 Deutschland – Israel“

Berlin, 22. September 2017

Um einen Überblick über Positionen von Parteien und einzelnen Kandidierenden zu Israel, Antisemitismus und Nahostpolitik zu bieten, legen die **Initiative 27. Januar e.V.** und **Honestly Concerned e.V.** vor der Bundestagswahl eine umfangreiche Auswertung ihrer bundesweiten Politikerbefragung „Wahlprüfsteine 2017 Deutschland – Israel“ vor, die online veröffentlicht ist: <http://politikerbefragung.de/statistiken>

Die Antworten auf die 24 Multiple-Choice-Fragen zu fünf Themenbereichen zeigen einen breiten Konsens über die Parteigrenzen hinweg für die Unterstützung Israels, die Förderung der deutsch-israelischen Beziehungen und die Bekämpfung des Antisemitismus. So stimmen 90% der jeweiligen Antworten der Aussage von Bundeskanzlerin Merkel zu, dass die Sicherheit Israels Teil deutscher Staatsräson ist, davon 75% mit „Ja, absolut“. Noch höher ist die Zustimmung für den Ausbau der bilateralen deutsch-israelischen Zusammenarbeit.

Eine Mehrheit der Antwortgeber ist tendenziell (38%) oder absolut (36%) für die Einsetzung eines Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung und die ganz große Mehrheit plädiert für die vollständige Umsetzung des Bundestagsantrags von 2008 zur Bekämpfung des Antisemitismus und der Förderung des jüdischen Lebens in Deutschland.

Knapp die Hälfte der Antworten spricht sich gegen eine einseitige Anerkennung eines palästinensischen Staates vor einer Friedensregelung aus und mehr als die Hälfte ist dafür, dass im Rahmen einer Friedensregelung Israel als „jüdischer Staat“ anerkannt wird. Kennzeichnungen israelischer Produkte aus 1967 eroberten Gebieten werden von 51% absolut abgelehnt („Auf keinen Fall“). Möglicher Druck auf die palästinensische Autonomiebehörde, die Hamas und den Iran wird in den Antworten mehrheitlich befürwortet.

Es zeigen sich aber bei einzelnen Fragen auch deutliche, teils eklatante Unterschiede zwischen den Parteien und auch bei den Positionierungen innerhalb von Parteien. Beispielsweise befürworten viele Kandidaten der Linken in ihren Antworten als Einzige deutsche Rüstungsexporte nach Israel nicht, fast zwei Drittel lehnen diese absolut ab. Die Kandidaten von Bündnis 90/Die Grünen hingegen sprechen sich in ihren Antworten mehrheitlich für eine Anerkennung eines palästinensischen Staates bereits vor einem Friedensschluss mit Israel aus (77% „Tendenziell ja“) und sind zugleich nicht so eindeutig wie die Kandidierenden aus anderen Parteien dafür, dass Israel in einer Friedensvereinbarung als „jüdischer Staat“ anerkannt werden soll.

Bei den Antworten aus den Reihen der SPD fällt unter anderem auf, dass ein besonders hoher Anteil „Keine Meinung“ zur These der Tempelberg in Jerusalem sei eine rein islamische heilige hat. Diese Antwortmöglichkeit haben Kandidierende von CDU und CSU wiederum als einzige Partei mehrheitlich bei der Frage nach der Einsetzung eines Antisemitismusbeauftragten gegeben – alle Antworten aus der CSU und knapp zwei Drittel der Antworten aus der CDU wollen sich hierzu nicht festlegen.

Bei den Antworten von Vertretern der AfD fällt unter anderem die zum Teil ausgedrückte Skepsis gegenüber der Bedeutung des Holocaust-Gedenkens auch für die junge Generation auf – von den 17 Antworten mit nur „Tendenziell ja“ sind 13 von Seiten der AfD, zudem die beiden einzigen ablehnenden Antworten („Eher nicht“). Die meisten Antworten auf die Wahlprüfsteine kamen von Kandidatinnen und Kandidaten der FDP, von denen knapp jeder dritte Kandidat an der Umfrage teilnahm.

Grundlage der Auswertung sind 284 eingegangene und verifizierte Antworten (Stand Donnerstag, 21.09.) von Kandidatinnen und Kandidaten derjenigen Parteien, die laut Umfragen realistische Chancen auf den Einzug in den Bundestag haben. Insgesamt gab es bereits mehr als 400 Antworten und Rückmeldungen auf die „Wahlprüfsteine 2017 Deutschland – Israel“. Zusätzlich zu den Kandidaten-Antworten liegen zentrale Stellungnahmen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vor (<http://politikerbefragung.de/parteistellungnahmen>). DIE LINKE und die AfD haben trotz Anfrage bislang keine zentralen Parteistellungnahmen abgegeben

Pressekontakt: Jörg Gehrke | E-Mail: presse@politikerbefragung.de | Telefon: 0152 54116080



Initiative 27. Januar e.V.

Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40 / 4302
10117 Berlin

E-Mail: berlin@initiative27januar.org
www.initiative27januar.org

Inhaltlich Verantwortlicher: Harald Eckert
Registergericht: Amtsgericht München
Registernummer: VR 202570

Spendenkonto:

Initiative 27. Januar e.V.
Evangelische Kreditgenossenschaft eG
Kontonummer: 5344166
Bankleitzahl: 52060410
IBAN: DE03 5206 0410 0005 3441 66
BIC: GENODEF1EK1